

Lt. Verteiler

Pressemitteilung Nr. 5/2023  
München, den 26. 02. 2023

**Das Alter wird nur dann respektiert werden, wenn es um seine Rechte kämpft und sich die Unabhängigkeit und Kontrolle über das eigene Leben bis zum letzten Atemzug bewahrt (M. T. Cicero)**

## **Reform der Pflegeversicherung: Strukturen ändern, nicht nur an den Symptomen herumdoktern**

Zu der von Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) geplanten Reform der Pflegeversicherung, über deren Eckpunkte einige Medien letzte Woche berichteten, erklärte der Vorsitzende der LandesSeniorenVertretung Bayern (LSVB), Franz Wöfl, heute in München:

„Die Erhöhung der Beiträge zur Pflegeversicherung, wie vom Bundesgesundheitsminister ins Auge gefasst, oder die Defizite der Pflegeversicherung durch Steuermittel auszugleichen, wie von anderer Seite vorgeschlagen, ist zwar ein denkbarer Weg, um die Einnahmenseite der Pflegeversicherung vorübergehend zu verbessern, aber eine Maßnahme ohne jegliche Nachhaltigkeit. Dringend notwendig ist vielmehr eine Reform der Pflegeversicherung, die diesen Namen auch verdient. D.h., ein Herumdoktern an den Symptomen reicht nicht aus; dringend erforderlich sind strukturelle Änderungen“.

Zu allererst müssen sich Bund, Länder und Kommunen ihrer Verantwortung für die Pflege wieder bewusst werden. Die Pflege der alten Menschen ist zwar eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe; Bund, Länder und Kommunen sind aber in besonderem Maße gefordert. Das folgt aus dem Sozialstaatsprinzip und speziell für die Kommunen aus ihrer Allzuständigkeit im eigenen Wirkungskreis. Das Pflegeversicherungsgesetz aus dem Jahre 1994 hat Bund, Länder und Kommunen aus dieser Verantwortung weitgehend entlassen. Dem damaligen neoliberalen Zeitgeist folgend haben Bund und Länder die Pflege der Marktwirtschaft überantwortet und damit Tür und Tor für ein „unanständiges“ Gewinnstreben vieler Leistungserbringer geöffnet. Gewinne in der Pflege können nur erwirtschaftet werden durch höhere Einnahmen oder durch Kostensenkung. Letzteres geht immer zu Lasten der pflegerischen Qualität, sei es im Personalbereich, bei der Bereitstellung von Hilfsmitteln, bei der Verpflegung usw. Insoweit ist eine gesetzlich verankerte Korrektur dringend notwendig. Franz Wöfl: „Beitragsmittel und Steuergelder sind nicht dazu da, den Gewinn der Shareholder zu maximieren; Gewinne müssen den Versicherten und den Steuerzahlern zu Gute kommen, also in die Pflege reinvestiert werden“.

Im Übrigen, so Franz Wöfl weiter, müsse man sich einmal von dem Gedanken frei machen, dass Qualität in die Pflegeheime hinein kontrolliert werden kann. Zum Anderen ist es eine Verschwendung von Versichertengeldern, wenn die Heimkontrollen in der stationären Altenpflege

von zwei Institutionen wahrgenommen werden: Medizinischer Dienst und Heimaufsicht. Die bayerische Heimaufsicht, die sich Fachstelle für Pflege- und Behinderteneinrichtungen, Qualität und Aufsicht (FQA) nennt, ist so gut aufgestellt, dass sie die Qualitätskontrollen des Medizinischen Dienstes ohne Weiteres mit übernehmen könnte.

Und schließlich ist es an der Zeit, Kranken- und Pflegeversicherung zusammenzulegen. Die sich dadurch ergebenden Einsparungen wären zwar überschaubar, aber, so Franz Wölfl abschließend, ein beträchtlicher Schritt in Richtung, Pflegebedürftigkeit erst gar nicht eintreten zu lassen. Denn Maßnahmen der Prävention und Geriatrie würde ein wesentlich höherer Stellenwert beigemessen als dies heute der Fall ist.

**Hinweis:** Die LandesSeniorenVertretung Bayern e. V. (LSVB) veranstaltet am 1. 3. 2023 in Würzburg, Generationen-Zentrum Matthias Ehrenfried e. V., Bahnhofstraße 4 – 6, von 10.00 bis 16.30 Uhr, eine Fachtagung zum Thema „Pflege am Limit?“. Die Teilnahme ist kostenfrei. Anmeldungen sind unter Tel.: 089 954 756 990 bzw. [seniorenvertretung-bayern@lsvb.info](mailto:seniorenvertretung-bayern@lsvb.info) möglich.

*Die LSVB ist die überparteiliche Dachorganisation der kommunalen Seniorenvertretungen in Bayern (Seniorenräte, Seniorenbeiräte und Seniorenbeauftragte in kreisangehörigen Gemeinden, kreisfreien Städten und Landkreisen). Wir sind politisch aktiv und bündeln die Senioreninteressen in den Kommunen. Wir stehen für Lebensqualität, Selbstbestimmung und Würde der älteren Generationen. Darüber hinaus engagieren wir uns für die Integration alter Menschen in allen Lebenslagen, wenden uns gegen alle Formen der Ausgrenzung oder Abwertung, fördern Initiativen und Aktivitäten Älterer durch „Hilfe zur Selbsthilfe“, unterstützen aktives Zusammenleben, lebenslanges Lernen sowie den Dialog und die Solidarität zwischen den Generationen. Zur Zeit sind 210 kommunale Seniorenvertretungen Mitglied der LSVB. Darunter 27 Landkreise, die LHSt München und die weiteren bayerischen „Großstädte“ Nürnberg, Augsburg, Würzburg, Regensburg, Ingolstadt, Fürth, Erlangen und Landshut. In den Gebietskörperschaften, die bei uns Mitglied sind, wohnen rd. 1,7 Mio. Seniorinnen und Senioren, die 65 Jahre und älter sind, bzw. 2,1 Mio. Seniorinnen und Senioren, die das 60. Lebensjahr vollendet haben.*

*V.i.S.d.P.: Franz Wölfl, Winzererstraße 9, 80797 München, Tel.: 0871 432 63, mobil: 0160 804 1069*

